



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Maulwurfsarbeit im Buchdruckgewerbe. (Fortsetzung statt Schluß.) — Der Tarifkampf in Karlsruhe. — „Fleischnotrummel.“ — Heuilleton: Ludwig Uhlend. — Korrespondenzen (Magdeburg). — Eingegangene Druckschriften. — Berechnungen.

Beilage: Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911. (II.) — Aus dem Genossenschaftsleben. — Rundschau.

Für die Woche vom 10. bis 16. November cr. ist die Beitragsmarke in das mit 46 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Zur Beachtung!

Die Kollegenschaft in Karlsruhe i. B. ist infolge beharrlicher Weigerung der Prinzipale, in Tarifverhandlungen einzutreten, im Auslande. Sämtliche Karlsruher Buchdruckereien sind daher für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt!

Auf der Reise befindliche Kollegen erhalten in Karlsruhe bis auf weiteres keine Unterstützung.

Der Verbandsvorstand.

F. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Maulwurfsarbeit im Buchdruckgewerbe.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Die Ausführungen des Tarifamtes über die momentane Situation im Gewerbe lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und zeigen, wo die Friedensstörer zu suchen und zu finden sind. Sie geben aber auch uns eine Erklärung für die seit vorigem Jahre zu beobachtende Haltung eines Teiles der Prinzipalität in der Hilfsarbeiterfrage. Während die Minierarbeit der Tarifgegner und ihrer Schutztruppen bis heute wohl die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker beunruhigen, nicht aber praktisch zu schädigen in der Lage war, so dürfte sie in Bezug auf unser bisheriges Tarifverhältnis sich mit einigen traurigen Erfolgen rühmen können. Die Tatsache, daß von den 20 Orten, in denen bis zum Ablauf des Jahres 1911 Hilfsarbeitertarife bestanden, in sechs Orten eine Tarifverneuerung bis jetzt nicht erfolgt ist, weil es die in Frage kommenden Prinzipale ablehnen, in Revisionsverhandlungen einzutreten, muß uns Veranlassung sein, alle Momente ins Auge zu fassen, die geeignet sind, unsere Tarifpolitik in dieser ungünstigen Weise zu beeinflussen. Und dabei dürfen wir vor allen Dingen nicht an den Erscheinungen achtlos vorübergehen, wie sie sich jetzt

in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker zeigen, weil diese aus leicht erklärlichen Gründen immer auf die Verhältnisse der Hilfsarbeitergemeinschaft abfärben. Wenn in dem Bericht des Tarifamtes festgestellt wird, daß sich früher eine gewisse Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen vornehmlich in Gehilfenkreisen bemerkbar machte, während nach der letzten Tarifrevision der Unmut über den Abschluß auch in Prinzipalstreifen gestiegen ist, so trifft das in demselben Maße auch für den Hilfsarbeitertarif zu. Auch bei uns lösten die verschiedenen Abmachungen nicht immer Zufriedenheit bei allen Beteiligten aus, und auch hier sind es die Prinzipale, die nach der letzten Tarifrevision sich mehr denn je gegen die Fortsetzung des Tarifverhältnisses mit den Hilfsarbeitern sträuben. Die Ursachen sind hier dieselben wie dort. Wenn auch die Gründe, welche für das ablehnende Verhalten gegen den Abschluß von Hilfsarbeitertarifen von den Prinzipalen angegeben werden, recht verschiedenartig sich anhören, so ist doch unschwer zu erkennen, daß es sich lediglich um die von den Arbeitern geforderten höheren materiellen Leistungen handelt, denen die Prinzipale unter allen Umständen ausweichen wollen. Ja, wir können sogar feststellen, daß ein Teil der Prinzipale sich für die höheren Löhne, die sie den Gehilfen zu zahlen tariflich verpflichtet sind, an den Löhnen des Hilfspersonals schadlos zu halten versuchen. Nun bedingen aber die sich ständig steigenden Kosten der Lebenshaltung sowohl bei den Gehilfen wie auch bei den Hilfsarbeitern die ganz natürliche Forderung nach höherer Entlohnung; bei den Hilfsarbeitern um so mehr, weil bei ihnen an sich geringeren Einkommen sich jede Preissteigerung um so empfindlicher bemerkbar macht. Das Tarifamt weist ganz folgerichtig darauf hin, „daß in dem Umfange der Tarifierhöhung die Aufbesserung der Lebenslage der Gehilfen nicht vor sich gegangen ist, sondern daß ein Teil der Lohnaufbesserung ohne Nutzenziehung für die Gehilfen den verteuerten Lebensbedingungen geopfert werden mußte,“ und daß sich der Gehilfe mit seinem Verlangen nach einer Erhöhung des Lohnes an niemand anderen wenden kann, als wie an seinen Prinzipal. Das trifft aber auch auf das Hilfspersonal zu. Trotzdem setzen wir aber bei der Prinzipalität keinerlei Neigung, diesem ganz selbstverständlichen Verlangen Rechnung zu tragen. Weißt es nun gegenüber dem Buchdruckerarif bei dem Käuflichen der Prinzipale über die höheren Verpflichtungen, so setzen sie gegenüber den Hilfsarbeitern ihre Abneigung gegen tarifliche Verpflichtungen mit höheren Leistungen offenen Widerstand entgegen. Sie glauben auch, diesen Widerstand um so leichter durchführen zu können, weil das Hilfspersonal nicht über jene Machtmittel verfügt wie die Gehilfen. Hat dieser Glaube sich auch verschiedentlich als irrig erwiesen, manche Prinzipalstreife wollen doch davon nicht eher ablassen, bis sie eines anderen befehrt werden.

Der Grundsatz des Leben und Lebenssens, auf dem der neue Buchdruckerarif sowie auch

feine Vorgänger, sich aufbauten, hat aber für das Unternehmertum im allgemeinen einen bitteren Beigeschmack. Und wenn ihm im Buchdruckgewerbe bis dato im großen und ganzen Rechnung getragen wurde, so war das von jeher dem größten Teil der industriellen Scharfmacher in allen Gewerben ein Dorn im Auge. Sie, die es nicht einsehen können und wollen, daß auch der Arbeiter ein Recht haben soll, über den Preis für seine Arbeitskraft mitzubestimmen, sie befürchten, daß das in ihrem Sinne „böse“ Beispiel des Buchdruckgewerbes die „guten“ Sitten der Meinherrschaft der Unternehmer in anderen Berufen verderben könnte. Und diese Befürchtung ist nicht grundlos. Ist doch die Arbeiterschaft in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen, Tarifverträge anzustreben und hat auf diesem Gebiete so manchen schönen Erfolg errungen. Daß hierbei gegenseitig Konzessionen gemacht werden müssen, ist selbstverständlich, aber darin gerade haben die Vertreter des Herrn-im-Hause-Standpunktes ein Haar gefunden. Deshalb war ihr Bestreben immer darauf gerichtet, die Tarifpolitik im Buchdruckgewerbe in der Offenlichkeit zu verunglimpfen, sie als für die industrielle Entwicklung schädigend hinzustellen und so auch auf die Prinzipale in der Tarifgemeinschaft einzuwirken. Lange Zeit fanden sie aber unter diesen keinen Käuflichenboden für ihre Wühlarbeit. Die Tarifgemeinschaft wurde innerlich wie nach außen hin immer kräftiger und erst im letzten Jahre ist der Kreis ihrer Angehörigen um ein Bedeutendes gewachsen, was aus nachstehender Tabelle, die das Tarifamt, wie alljährlich so auch jetzt, veröffentlichte, hervorgeht. Der Tarifgemeinschaft gehörten an im

Jahre	Tariftreue Firmen	Gehilfen	in Orten
1897	1681	18 840	469
1898	2080	22 468	647
1899	2704	27 449	890
1900	3115	30 680	1002
1901	3872	34 807	1080
1902	3464	36 627	1043
1903	4250	39 464	1315
1904	4559	41 488	1382
1905	5184	46 868	1552
1906	5588	49 497	1659
1907	6254	54 558	1808
1908	6611	57 211	1942
1909	6971	59 852	2007
1910	7301	61 627	2093
1911	7659	68 062	2158
1912	8051	66 976	2242

Aus dieser fortgesetzten, nie zum Stillstand gekommenen Ausbreitung der Tarifgemeinschaft geht klar und deutlich ihr steigender Wert und der ihr innewohnende gesunde Kern hervor, der bis jetzt jedem schädigenden Einfluß von außen her den kräftigsten Widerstand entgegengesetzt hat. Nun aber glauben ihre Widersacher den Zeitpunkt für gekommen, wo sie ihren zerstörenden Einfluß geltend machen können. Die zutage getretene Mißstimmung unter den Prinzipalen über die

Mehrbelastung, die ihnen der neue Tarif auferlegte, ist den tarifgegnerischen Unternehmern ein gesundes Fressen. Sie wittern Morgenluft und nun ziehen sie alle Register der Verhezung und Verleumdung, mit denen sie gegen die verhasste Tarifgemeinschaft losgehen.

Neben dem eigentlichen prinzipialseitigen Träger der Tarifgemeinschaft, dem Deutschen Buchdrucker-Verein, hat sich eine Handvoll Unternehmer zu einem Arbeitgeberverband im Druckgewerbe zusammengetan, der getreu den Maximen des Industriellenverbandes, dem er angeschlossen ist, die Feste gegen die organisierte Arbeiterschaft und gegen jede friedliche Verständigung mit dieser innerhalb des Buchdruckgewerbes betreibt. Wesen diese Scharfmachergruppe fähig ist, das kann man an einer ihrer letzten Leistungen erkennen, die der „Korrespondent“ ans Licht der Öffentlichkeit gezogen hat. Nicht allein, daß sie in ihrer Presse und auf sonstigen krummen Wegen gegen die geordneten Verhältnisse im Gewerbe wühlte, die Herren Arbeitgeberverbändler scheuen nicht vor der denkbar niedrigsten und schäblichsten Handlungsweise zurück, indem sie den Weg der Demunziation bis zur Regierung wählten. Nachdem sie eine Reihe Verleumdungsbroschüren bei den verschiedensten Behörden einschmuggelten, haben sie sich im Juni d. J. ganz heimlich mit einer Petition an den Reichstanzler gewendet, in der nicht mehr und nicht weniger verlangt wird, als daß von dieser höchsten Beamtenstelle des Reiches gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker eingeschritten werden soll. Aber warum, um Alles in der Welt, wird mancher fragen, der bis jetzt in dieser Justiztation nur ihr segensreiches Wirken gesehen hat und deren Lob weit über den Kreis der Berufsangehörigen singen hörte. Und um so erstaunt wird diese Frage, wenn wir erfahren, daß es nur circa 180 Männlein sind (also eine Handvoll unter den rund 8000 Druckereibesitzern Deutschlands), die es sich vorgenommen haben, sich ihre mehr oder minder hohlen Schädel an den Mauern der Tarifgemeinschaft einzuräumen. Doch die Frage ist leicht beantwortet. Es ist der Haß gegen die Arbeiterschaft, ihre Organisation und ihre Bestrebungen, dem diese Scharfmacher blindwütig Ausdruck geben, unbekümmert darum, ob ihre Treibeizen dem gesamten Gewerbe den größten Schaden zufügen geeignet sind oder nicht. Das Recht, das die Arbeiterschaft neben den Pflichten hochgehalten wird, das liegt diesen Klopffechtern schwer im Magen. Und weil sie auf geraden Wegen nicht zu ihren dunklen Zielen gelangen können, müssen sie die krummsten gehen und recht heimlich, weil sie selbst es wissen, wie lichtscheu und verwerflich ihr Treiben ist.

Ludwig Uhland.

Zur fünfzigsten Wiederkehr seines Sterbetages.

Am 13. November 1912 sind fünfzig Jahre verflossen seit dem Tage, an dem Ludwig Uhland seine Augen zur letzten Ruhe schloß. Mit ihm schied ein Mann aus dem Leben, der sich durch die Lauterkeit und Geradheit seines Charakters, durch das mutvolle Eintreten für seine Uebergewegung, durch sein stilles, ernstes und bescheidenes Wirken im Dienste des Volkes und vor allen Dingen durch die kernige Kraft seiner Dichterpersönlichkeit einen Ehrenplatz im Herzen des Volkes erworben hat.

Ludwig Uhland wurde am 25. April 1787 als dritter Sohn des Universitätssekretärs Johann Friedrich Uhland in Lützingen geboren. Trotz der politisch außerordentlich bewegten Zeit gegen Ende des achtzehnten und am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts erlebte er eine ruhige, glückliche und arbeitsame Jugend. Schon als Fünfzehnjähriger konnte er die Universtität beziehen, wo er entgegen seinen eigenen der Philosophie zugeneigten Wünschen die Rechtswissenschaften studieren sollte. Trotz seiner inneren Abneigung widmete er sich fleißig dem aufgezwingenen Studium, und schon im Jahre 1810 erwarb er sich den Doktorhut. Seine juristischen Studien sollten ihm später in seinem Wirken für die Rechte des Volkes gute Dienste leisten.

Aus dem Inhalt der Petition selbst wird das noch nachgewiesen werden.

(Schluß folgt.)

Der Tarifkampf in Karlsruhe.

Nichts gelernt und alles vergessen hat die Karlsruher Prinzipalität in der Behandlung der Hilfsarbeiterfrage. Sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, daß die Bewegung nummehr Formen angenommen hat, die an Schärfe nichts mehr zu wünschen übrig lassen. Als unsere Kollegen sich entschlossen hat, zu dem Mittel der Kündigung zu greifen, um einestheils zu beweisen, daß es ihr bitter ernst ist mit der Forderung auf Wiedereinführung tariflicher Verhältnisse und um andernteils der Prinzipalität einen Einblick in die so oft bezweifelte Geslossenheit der Organisation zu geben, da war anzunehmen, daß im letzten Augenblick noch die bessere Einsicht im Prinzipalrat über den hartnäckigen Unternehmerstandpunkt siegen wird. Um so mehr, als ja die Herren schon im Jahre 1906 die Erfahrung machen mußten, daß das Hilfspersonal es wohl versteht, seinen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Das aber scheint ihrem Gedächtnis entwichen zu sein, denn anstatt den Umständen Rechnung zu tragen und sich einer friedlichen Verständigung geneigter zu zeigen, haben es die Prinzipale mit der Nervosität bekommen. Anstatt zu beruhigen, haben sie Del ins Feuer gegossen, und so wird es verständlich, wenn es jetzt in Karlsruhe lichterloh brennt.

Nachdem die Kündigungen am 25. und 26. Oktober eingereicht waren, beeilten sich einige Firmen, ihre dringlichsten Arbeiten noch vor Ablauf der Kündigungsfristen fertigzustellen, wozu sie Ueberstundenarbeit vom Personal verlangten. Nun müßten ja unsere Kollegen und Kolleginnen wirklich auf den Kopf gefallen sein, wenn sie selbst dazu beitragen würden, daß mit ihrer eigenen Hilfe die Kündigungsaktion wirkungslos gemacht würde. Es wurde daher der ganz selbstverständliche Beschluß gefaßt, die Leistung von Ueberarbeit während der Kündigungsauer zu verweigern. Nun war es um den letzten Rest von Ruhe und Besonnenheit unter den Prinzipalen geschehen. Die durch den Beschluß am meisten getroffene Braun'sche Hofbuchdruckerei hat ohne Ueberlegung das gesamte Hilfspersonal am zweiten Tage der Kündigungszeit knall und Fall unter Kontraktbruch entlassen. Der Direktor dieser Firma, ein Herr Dr. Knittel, hat die Wirkung seines rabiaten Vorgehens wahrscheinlich nicht erwartet. Das Personal hat mit der größten Ruhe diese Maßregelung hingenommen, ist still-

schweigend seiner Wege gegangen und hat so die Hoffnung des Herrn Knittel, es würde einem Teil des Personals das Herz in die Hosentaschen und es zur reumütigen Umkehr bewegen, jämmerlich zuschanden gemacht. Bevor nämlich Herr Knittel zu seinem wichtigen Schlag ins Wasser ausbohte, ließ er dem Hilfspersonal einzeln in väterlich wohlwollender Weise nahelegen, ob es nicht die Kündigungen zurückziehen oder wenigstens die Ueberstunden leisten will. Bei dem einen wurde dessen Zusage, bei dem anderen wieder die lange Dauer seiner Tätigkeit bei der Firma ins Treffen geführt. „Lebensstellung“ und Zulagen wurden in Aussicht gestellt — doch alles war vergeblich. Standhaft und mutig verbarnte die Kollegen auf ihre Forderungen, weder Drohungen noch die zudersüßesten Versprechungen waren imstande, sie wankend zu machen. Und so mußten sie denn den Kunsttappel verlassen. In Ermangelung des kostbaren Hilfspersonals stellte nun die Firma ihren gesamten Lehrlingsstab aus dem Drucker- und Seheraal an die Plätze der Hinausgeworfenen, und nun können sich diese Lehrlinge wenigstens auch zu tüchtigen Hilfsarbeitern ausbilden lassen. Natürlich genügt diese Hilfe allein der Firma nicht, und so ist sie denn auch eifrig bemüht, sich andere Klausreißer zu verschaffen. Doch die Herrlichkeit dauert gewöhnlich nicht lange, weil unsere Kollegen und Kolleginnen neben sonstigen guten Eigenschaften auch noch sehr wachsam sind. Nun muß die liebe Polizei auf den Plan, welche gegen jede „Verkehrsstörung“ auf das strengste einschreitet, und der es gar nicht darauf ankommt, Passanten, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, am Stragen zu nehmen und abzuführen. Wir haben natürlich nichts gegen diese Art „Verkehrsstörung“, so lange ihre Hüter unsere Leute zufrieden lassen. Interessant an der Sache ist nur, daß die behördlichen Organe so recht blind für die Uebertretungen der Gewerbeordnung sind, welcher man sich in der Braun'schen Hofbuchdruckerei seit dem Ausbruch des Konflikts schuldig macht. Unter 16 Jahre alte Lehrlinge werden über die gesetzlich zulässige Zeit beschäftigt und zu Arbeiten verwendet, die ihrer gesundheitsschädlichen Wirkungen wegen verboten sind. Ob eine dahingehende Beschwerde an zuständiger Stelle Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Hoffen wir es! Es ist nämlich nicht anzunehmen, daß diese Druckerei, in der vornehmlich sämtliche Druckerarbeiten für die Ministerien und sonstigen Behörden hergestellt werden, anders behandelt wird wie andere Betriebe. Im Gegenteil; gerade solche Firmen müßten für andere vorbildlich sein. Als vor einiger Zeit die bairische Regierung im Landtage die Erklärung abgab, daß nur an Firmen staatliche Arbeiten vergeben werden, die tarifliche

Neben dem juristischen betrieb er aber fleißig das Studium der mittelalterlichen Literatur. Und die innige Beschäftigung mit der deutschen und französischen Poesie löste schon frühzeitig die Lust am eigenen dichterischen Schaffen in ihm aus. Die in seiner Universtitätszeit verfaßten und veröffentlichten Gedichte zeigen ihn allerdings noch ganz im Banne der damals herrschenden verschwommenen Romantik, aus dem er sich aber im Laufe seiner gesunden und kräftigen dichterischen Weiterentwicklung immer mehr befreite, um der kernig volkstümliche, von tathereiter Vaterlands- und Freiheitsliebe durchglühete Dichter zu werden, der aus seinen späteren Werken spricht.

Zur Vervollständigung seiner juristischen Kenntnisse, besonders zum Studium des „Code Napoleon“ reiste der junge Doktor juris im Jahre 1810 auf mehrere Monate nach Paris. Dort studierte er aber die französischen und mittel-deutschen Manuskripte der Pariser Bibliothek viel eifriger als das trodene napoleonische Recht. Die bahnbrechende literarhistorische Studie „Das altfranzösische Epos“, die in Paris vollendet wurde und 1812 erschien, war das bemerkenswerteste Ergebnis seines Pariser Aufenthalt. Nach der Rückkehr von seiner französischen Reise trat er in den württembergischen Staatsdienst ein, den er jedoch, da er ihn gänzlich unbedrückt ließ, nach kurzer Zeit mit der freien Advokatenpraxis vertauschte.

Diese Anwaltstätigkeit ließ ihm genügend Zeit zu weiteren literarischen Studien und Arbeiten und zu eigener dichterischer Betätigung. 1815 erschienen seine „Gedichte“, die sofort die ihnen gebührende Beachtung fanden. Seine Lieder atmen zartes Naturempfinden; bei aller Knappheit in der Form und im Ausdruck zeichnen sie sich aus durch die Tiefe, Wahrheit und Stärke des Gefühls.

Aber die eigentliche Bedeutung Uhlands liegt in der Ballade und Romane, für die ihn gerade die Meisterschaft in der Beherrschung der einfachen, schlichten, äußerst knappen Prägung der Form und seine tiefe und poetische Erfassung des Volkstümlichen in den zur dichterischen Darstellung und Gestaltung gewählten Stoffen besonders befähigten. Seine Romane zählen unzweifelhaft zu den besten und vollendetsten Erzeugnissen, die die deutsche Dichtkunst hervorgebracht hat; sie gehören zu den wertvollsten Schätzen der deutschen Literatur und sichern dem Dichter dauernd einen Platz unter den Großen der deutschen Poesie.

Neben seiner Bedeutung als Dichter der Romane tritt seine Stellung in der dramatischen Literatur vollständig zurück. Dazu fehlt es ihm zu sehr an hinreichender Leidenschaftlichkeit, an spannender Gestaltungskraft. Trotz zahlreicher dramatischer Entwürfe ist er über eine Reihe dramatischer Fragmente nicht weit hinausgekommen; nur zwei seiner Dramentwürfe hat er

Einrichtungen anerkennen, da war ihr das tarif- feindliche Verhalten der Braun'schen Hofbuch- druckerei wohl nicht bekannt, vielleicht wird es ihr jetzt zur Kenntnis gebracht. —

Aber nicht nur Herr Dr. Knittel versuchte es, mit untauglichen Mitteln gegen die Hilfsarbeiter- schaft zu wüten, auch seine stollegen wollen nicht nachlassen, wenn sie auch nicht gleich mit dem Hinauswurf vorgingen. Aber sonst war ihnen kein Mittel zu heilig, ihren löblichen Zweck zu erreichen. Das Tollste aber und was dem Faß den Boden ausgeschlagen hat, war ihre gemein- schaftliche Flucht in die Oeffentlichkeit in einer offiziellen Erklärung des Bezirksvereins, der natürlich die gesamte bürgerliche Presse Karls- ruhes ihre Spalten, zum Teil sogar an leitender Stelle, öffnete. Was da an Verdrehung und Entstellung von Tatsachen geleistet wird, über- schreitet wirklich schon die Grenzen des Zulässigen. Da wird zunächst dreist und gottesfürchtig zum Ausdruck gebracht, daß

„die Karlsruher Prinzipale, die sonst immer für tarifliche Ordnung der Lohnangelegenheiten zu haben waren (natürlich: der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, wie im Jahre 1906!), entsprachen gerne (?) dem Ersuchen um Auf- besserung der Löhne und gewährten sämtlichen in Betracht kommenden Arbeitern eine Zulage von 7½ Prozent.“

Das sieht so aus, als hätte das Hilfspersonal gar kein anderes Verlangen gehabt, als nur von den Herren 7½ Prozent zu bekommen. Daß sie laut den generalen Tarifabmachungen verpflichtet gewesen wären, 10 und 12½ Prozent in den meisten Fällen mehr zu zahlen, das wird der Oeffentlichkeit einfach unter- schlagen! Und obwohl in der Erklärung gesagt wird, daß sich die Prinzipale zum Abschluß eines neuen Tarifver- trages nicht entschließen konnten, wird gleich hinterher von einem „Abkommen“ ge- sprochen, das „zunächst mündlich abgeschlossen (vorbehaltlich der noch abzugebenden schriftlichen Bestätigung des Hilfsarbeiterverbandes)“ wurde.

Daß diese schriftliche Bestätigung nicht nur nicht gegeben, sondern mit ausführlicher Begrün- dung vom Vorstand stritte in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Bezirks- Vereins, Herrn Vogel, abgelehnt wurde, auch das wird der Oeffentlichkeit absichtlich voren- halten, weil man sonst zugehen müßte, daß die ganze Erklärung nur den Zweck hat, aus Weiß Schwarz und aus Unrecht Recht zu machen. Wir wollen es den Herren für heute schenken, auf ihre abschälligen Urteile über die Hilfsarbeiterschaft ein- zugehen. Aber eins wollen wir doch feststellen und zwar, daß es ausgemachter Schwindel ist, wenn in der Erklärung lähn behauptet wird, daß

vollendet: die Schauspiele „Ernst, Herzog von Schwaben“, das 1818, und „Ludwig, der Bayer“, das 1819 erschienen. Die frisch pufferende Lebens- fülle, die dramatische Leidenschaftlichkeit, die energische und konsequente Entwicklung der Hand- lung geht ihnen ab. Sie haben daher einen dauernden Erfolg nicht zu erringen vermocht.

Bei allem liebevollen Versehen in die Vorzeit, das aus fast allen Schöpfungen des Dichters spricht, lag ihm jeder Versuch oder Wunsch einer Erneuerung des Mittelalters weit fern. Das zeigt der frische moderne Geist, mit dem er die geschichtlichen Stoffe durch seine dichterische Ge- staltung erfüllte. Dieser Geist lehrt, daß Umland auch die Schattenseiten des Mittelalters erkannt und die Bedürfnisse seiner Zeit vollständig erfaßt hatte. Er war bei allem stillen Zurückverfehen in vergangene Zeiten, die er in dichterisch verklärter Gestalt in seinen Werken wieder aufstehen ließ und mit neuem frischem Geist belebte, ein durch- aus moderner, kräftig vorwärts drängender Mensch. Das offenbare nicht nur seine Werke, sondern das hat er auch durch sein ganzes Leben bewiesen.

Mit seinen „Vaterländischen Gedichten“, die in den Jahren 1816 und 1817 entstanden, leitete er die neuere politische Lyrik in Deutschland ein. Es war in der Zeit, als nach den Freiheitskriegen das Volk um alles, was man ihm vor dem Kampfe gegen den „Erbfeind“ versprochen hatte, betrogen

in Karlsruhe die Hilfsarbeiter höher bezahlt werden als in anderen Orten. Nachdem für uns nur Tarifräbste in Frage kommen und über die Löhne in diesen Städten die Prinzipalität sehr gut unterrichtet ist, so wird in der Erklärung be- wußt die Unwahrheit gesagt. Wie sich das zu- sammenreimt, daß jetzt gesagt wird, die Beschäfti- gung der Hilfsarbeiter läßt sich in einem Viertel- oder halben Jahr erlernen, während bei den erstmaligen Tarifverhandlungen Herr Dr. Knittel eine zweijährige Lehrzeit tariflich festgelegt wissen wollte, wird das Geheimnis der Karls- ruher Prinzipale bleiben.

Jedenfalls haben alle diese Kofstäufertun- ftücke, verbunden mit den fortgesetzten Belästigi- ungen der Kollegenschaft durch die Prinzipale in den Druckereien dazu geführt, daß am Dienstag mittag, nach einer vollständig besuchten Versamm- lung, die Arbeit nicht mehr aufgenommen wurde. Jetzt, wo das Hilfspersonal gezwungen wurde, eine solche Entscheidung zu fällen, mögen die Karlsruher Prinzipale zusehen, wo sie einen Er- satz für diese „Saubande“, wie sich einer der Herren „Ober“ auszubilden ersuchte, herbe- kommen. Unsere Kollegenschaft hat den Kampf aufgenommen, sie wird ihn zu gewinnen ver- stehen.

„Fleischnotrummel“.

Nun ist das Ungeheuerliche doch geschehen! Die Regierung hat eine zeitweilige, örtlich be- schränkte Oeffnung der Grenzen beschlossen, um für ein begrenztes Quantum Fleisch die Einfuhr zu gestatten. Die Agrarier sind außer sich geraten und wollen vor lauter Verzweiflung Harakiri verüben, wenn die Regierung nicht sofort die Tore wieder schließt. Ihre Profitgossen, die Fleischer- meister, üben Solidarität mit den armen Junkern, sie lehnen es ab, das von den Städten eingeführte Fleisch zu zerlegen und zu verkaufen. Es geht ihrem persönlichen Selbstgefühl und ihrer empfindlichen Standeshere zu nahe, daß man ihnen zumutet, sich mit einem von der Stadt ge- wiss nicht zu niedrig festgesetzten Verkaufspreis zu begnügen. Und in ihrer „beredhtigten Ab- wehr“ halten sie alle Mittel für erlaubt, auch die der Obstruktion, des Wortbruchs, des betrügeri- schen Handelns, sogar — des Streiks, den sie doch sehr verpönnen, wenn er von Arbeitern aus- geübt wird. Was soll eigentlich die ganze so ge- nannte Noftandsaktion? Sie hilft nicht etwa den arg bedrängten Agrariern, sie hilft auch nicht dem treuen, staatserkhaltenden Mittelstand, sie ist nur ein Mittel, die „Gehehrlichkeit der Massen“ zu fördern, und diese schließlich zu dem aberwichtigen Glauben zu bringen, daß der arme Mann täglich sein Stück Fleisch im Topf

worden war. In Württemberg begannen die Ver- fassungskämpfe. Und Umland trat sofort mannhaft für die alten Rechte des Volkes ein. Seine „Vater- ländischen Gedichte“, die erfüllt sind von seinem gesunden demokratischen Geist, legen Zeugnis da- von ab. Im Jahre 1819 zog auch Umland als Erwählter des Volkes in den württembergischen Landtag ein, dem er sieben Jahre angehörte; er legte dann aber sein Mandat nieder, weil es seine Zeit sehr stark in Anspruch nahm und ihn seinen wissenschaftlichen Arbeiten zu sehr entzog.

Diese Studien und Forschungen machten ihn zu einem hervorragenden und feinsinnigen Kenner der mittelalterlichen Literatur. Sie wurden Ver- anlassung zu seiner im Jahre 1829 erfolgten Er- nennung zum Professor der deutschen Literatur an der Universität seiner Vaterstadt. Der lautere Charakter des demokratischen Volksmannes be- wahrte sich, als ihm im Jahre 1832 der Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung, in die er gewählt worden war, von der Regierung ver- weigert wurde; kurz entschlossen gab er die ihm liebgeordnete, wirkungsreiche Lehrtätigkeit in seiner Lieblingswissenschaft auf und stellte der Regierung seine Professur zur Verfügung. Aber mit der Erkenntnis der Unfruchtbarkeit der vor- märzlichen Ständeversammlung wurde ihm auch seine Abgeordnetentätigkeit abermals immer mehr und mehr verleidet, so daß er im Jahre 1839 auf eine Wiederwahl verzichtete.

und Sonntags womöglich gar ein Fuht in der Pfanne haben müsse. — Und so ein freivolles Ver- langen soll man noch unterstügen! Woher kommt denn die Fleischnot? Haben etwa die Fleischer- meister oder die Junker daran Schuld, oder die Regierung mit ihrer so fegezeichneten Zollpolitik? Ach, diese drei sind daran so unschuldig, wie ein neugeborenes Kind, aber die Presse, diese ver- malediteten Zeitungen, die streuen so etwas in die Welt hinaus und wiederholen es so oft, bis die sonst so harmlose Bevölkerung diese faulstidigen Lügen endlich glaubt und nun die Fleischer- meister, die Agrarier und die Regierung für die Leuerung verantwortlich macht. Und kann man denn überhaupt von einer Notlage sprechen? Das ist doch ganz ausgeschlossen, denn von berufener Seite, nämlich vom Landwirtschaftsminister Frei- herrn von Schorlemer, ist erst jetzt im preussischen Landtag die wohlweise Bemerkung ausgesprochen worden, daß Gemüse und Kartoffeln in reicher Fülle vorhanden sind, die Frauen verstehen bloß nicht, diese Nahrungsmittel zuzubereiten, und darum gibt es auf dem Arbeiterisch täglich Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch! Und die arme Landwirtschaft weiß gar nicht, woher sie das viele Fleisch nehmen soll, das die unverständigen Arbeiterfrauen ihren Familien auf den Tisch setzen. Sie sollten sich ein gutes Beispiel nehmen an der einfachen Lebensweise des freierlichen Landwirtschaftsministers, der fast nur von Kohlrüben und Weißkohl ohne Wei- lage lebt und der zur Abwechslung einmal Pell- kartoffeln in Salz stüpt. Aber, wie gesagt, an all diesen Ungelegenheiten, Entsprungen aus der ippigen Lebensweise des arbeitenden Volkes, sind einzig die efligen Zeitungen schuld, und wenn die Regierung etwas wirklich Durchgreifendes gegen den eingebildeten Noftstand tun wollte, dann sollte sie die gesamten Zeitungen zu einem Scheiter- haufen sichten, obenauf die verruchten „Presse- bengels“ legen und dann das ganze anzünden; dieses Autodafé würde mit einem Schlage den ganzen Fleischnotrummel aus der Welt schaffen.

Berlin N. Der Magistrat hat von der Er- laubnis der Regierung Gebrauch gemacht und ein paar Tausend Zentner russisches Fleisch einge- führt. Die Schlächterinnung hat sich bereit er- klärt, durch ihre Mitglieder das Fleisch zu ver- kaufen und 128 Fleischermeister haben ihre Zusage dazu gegeben. — In Tausenden von Arbeiter- familien leimt die Hoffnung auf ein reichliches Fleischgericht und am Morgen des ersten Ver- kaufstages strömen die Arbeiterfrauen, die Mütter des Volkes, auf die Straße, der Markthalle zu, um für ihre Lieben ein Stück vom dem einge- führten Fleisch zu erstehen. Hunderte in der Markthalle, Tausende noch draußen — da geht

Erst das Sturmjahr 1848 führte Ludwig Umland wieder in das politische Leben zurück. Das württembergische Ministerium entsandte den Dichter, Gelehrten und Politiker als Vertrauens- mann nach Frankfurt a. M. Bald darauf ehrte ihn das Volk durch die Wahl zum Abgeordneten zur ersten deutschen Nationalversammlung. In dieser stimmte er als Angehöriger der Linken gegen das Erbkaufertum, wirkte er tatkräftig für die Rechte des Volkes. Bis zum letzten Augen- blick blieb er seiner Ueberzeugung und seinem Eide treu. Mannhaft hielt er auf seinem Platze bis zur Auflösung des ersten Reichsparlaments aus. Mit dem Rumpfparlament zog er von Frankfurt nach Stuttgart, wo er trotz der Mißhandlungen einer rohen Soldateska das Banner der Volks- vertretung verteidigen half, bis ihre letzten Reste mit Waffengewalt auseinander gesprengt wurden.

Seinen Lebensabend widmete er wieder in stiller Zurückgezogenheit seinen Liebungs- forschungen. Am 13. November 1862 setzte der Tod seinem arbeitsreichen, schaffensfreundigen Leben für immer ein Ziel. Die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Studien erschienen nach seinem Tode, in den Jahren 1865 bis 1863, in den acht Bänden der „Schriften zur Geschichte der Dichtung und Sage“, die neben seinem Ruf als Dichter und Volksmann auch den des Forschers und Gelehrten begründeten.

der Ruf durch die Menge: „Die Schlächter wollen nichts verkaufen!“ Erregt, empört wenden sie sich den Verkaufsständen zu, die Erregung steigt, Bertwünschungen gegen die Schlächter werden laut — da tönt von einem Schlächter die höhnische Aufforderung: „Freßt Hunde- und Katzenfleisch, dann habt ihr was!“

Der Punkte ins Pulverfaß! All diese Frauen, die monatelang schweigend geduldet haben, denen das Herz im Leibe sich herumdrehte, wenn sie ihren Mann, ihre Kinder Tag für Tag mit unzulänglichen Mahlzeiten abpeifen mußten, die selbst so abgezehrt und abgehärmt sind, weil sie sich nicht genügend ernähren konnten, ihnen hatte der blutige Hohn auf ihre Notlage Kraft und Mut verliehen, um gewaltsam gegen den Mann vorzugehen, der seiner Schandenrede über die zerschandene gewordene Hoffnung auf billiges Fleisch so infamen Ausdruck verliehen. Daß die erregten Frauen ihn verprügelten, daß sie nun auch gegen die anderen Wortbrecher vorgingen, daß sie Fleisch und Würste als Wurfgeschöß benutzten, wer will das beurteilen? Die Empörung über die Aus-hungerung, die nun schon so lange währt, mußte sich einmal Luft verschaffen, und der infame Hohn des „staatszerstörerischen“ Schlächtermeisters führte die Explosion herbei.

Der Ausbruch war erfolgt und nun brodelte es noch eine Zeit lang weiter, aber schließlich beruhigten sich die Gemüter wieder, als die Stadt denn doch eine größere Zahl von Leuten zusammen brachte, die den Fleischverkauf übernahmen. Aber das Verhalten der vorübergehenden Schlächtermeister findet strengste Beurteilung bis tief in bürgerliche Kreise hinein.

Besteht nun eigentlich ein Fleischnot? Die Maßnahmen der Regierung sind wohl die treffendste Antwort auf die noch immer umstrittene Frage. Dieselbe Regierung, die immer den Notstand geleugnet hat, derselbe Reichskanzler, der schon jahrelang von der Feuerung als von einer vorübergehenden, Erscheinung spricht, sie sahen sich nun doch gezwungen, den Forderungen des Volkes Gehör zu geben und haben Maßregeln getroffen, die geeignet sein sollen, die Fleischnot zu mildern. Daß sie notwendig waren, beweist nicht nur der starke Andrang der Bevölkerung zu den Verkaufsstellen des Fleisches, sondern auch das wütende Geschrei der Agrarier und das ganz unqualifizierbare Verhalten der Schlächtermeister. Die Zeitungen berichten täglich aus den verschiedensten Orten, zu welchen höchst ansehnlichen Mitteln diese Herren greifen, um ihrem Arger über das verborbene Geschäft Ausdruck zu geben.

Die Maßnahmen der Regierung sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sie werden sicher nicht Veranlassung geben, daß ein Agrarier sich vielleicht ein Seltgelage weniger erlauben kann oder ein Schlächtermeister an zu wenigem Verdienst zu Grunde geht. Die ganze Aktion ist völlig unzulänglich dem tiefeingewurzelteten Notstand gegenüber; die Städte griffen aber doch nach diesem Strohhalme, sie haben eben mehr Berührung mit der Armut, diese greift an ihren Sädel und läßt sich nicht so verbergen, daß das satte Bürgertum von ihrem Anblick befreit bleibt. So machten sich die Städte die Erlaubnis der Regierung zunutze und taten, was sie konnten. — Angeblick! — Der Fleischerverband stellte ihnen arbeitssame Gesellen zum Verkauf des Fleisches zur Verfügung, man lehnte sie ab; die Konsumgenossenschaften erboten sich zum Teil, das eingeführte Fleisch in ihren Räden zum Selbstkonsumpreis an die Bewohner abzugeben, sie wurden ebenfalls abgelehnt; man vertraute mit dem Verkauf des Fleisches die staatsstreuen Schlächtermeister, die sicherer, festen Stützen der Gemeinden — sie haben mit dem Magistrat und mit der Bevölkerung ein sitzvolles Spiel getrieben, indem sie erst zusagten und dann ihre Zusage nicht hielten. Sie haben das Volk nicht nur genarrt, sondern auch seinen Hunger verhöhnt. Das Wort: Sie wollen das Fleisch nicht verkaufen, weil ihnen der Verdienst nicht hoch genug ist, spricht Bände. Es ist ein Beweis dafür, daß sie aus dem Hunger der Bevölkerung Kapital geschlagen, aus ihrer Not Reuten geprägt haben.

Ob die Arbeiterschaft die richtige Antwort finden wird für die provokatorischen Herren Schlächtermeister, den Leuditen des Mittelstandes? Wenn je die Verhältnisse geeignet waren, auf die wirtschaftliche Organisation hinzuweisen, so sind es die zur Zeit bestehenden, und kaum jemals hat der Mittelstand seine Ueberhebung und seinen Haß der Arbeiterschaft gegenüber so klar und deutlich bewiesen, wie bei dieser Hilfsaktion. Die Junker und die Schlächter gemeinsam am Werke, das Volk auszuhungern! Wahrscheinlich ein schönes Bild! Mit aller Kraft muß die Arbeiterschaft dahin wirken, sich von diesen Blutsaugern zu befreien; sie ist dazu imstande, wenn sie mit zäher Energie daran geht, ihre Organisationen zu stärken und zu vergrößern. Durch politische Macht verstärkten Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen, durch gewerkschaftliche Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß die wirtschaftliche Macht stärken und dadurch die gesamte Güterverteilung auf ein höheres, gerechteres Niveau bringen — das sind drei Wege, die ernstlichen Strebens würdig sind, und je näher wir dem gemeinsamen Ziel dieser drei Wege kommen, um so mehr wird die Macht all jener Elemente aus dem wirtschaftspolitischen Leben sinken, die in brutalem Egoismus den Hilferuf des Volkes zu bezeichnen wagen als Fleischnotrummel!

Gertrud Sobahl.

Korrespondenzen.

Magdeburg. Die Mitgliederversammlung am 27. Oktober war leider besonders von den weiblichen Mitgliedern nur mäßig besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab die Kollegin Woffe den Klassenbericht vom dritten Quartal, zu dem die Revisoren berichten konnten, alles in Ordnung gefunden zu haben. Unter „Mitteilungen“ gab der Kollege Trepel bekannt, daß am 1. November ein Lichtbildervortrag über „Berufsgenossenschaft und Unfallverhütung“ stattfindet, und ersucht die Kollegenschaft, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Mehrere Kollegen, welche als Nachtarbeiter beschäftigt sind, beklagten es, an dem Vortrag nicht teilnehmen zu können und wünschten, daß ein zweiter zu einer Zeit angesetzt werden möge, die auch ihnen die Teilnahme ermögliche. Außerdem weist der Vorsitzende darauf hin, daß vom Bildungsausschuß ein Vortragszyklus über Lebenskunde mit Lichtbildern arrangiert sei und wünscht, daß unsere Mitglieder diesen ebenfalls besuchen. Hierauf gab die Kollegin Woffe einen Bericht über den Lohnkampf der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Papierwareindustrie in Aßchersleben, von dem auch ein Teil unserer Kollegenschaft betroffen ist. Sie schilderte die traurigen Löhne unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeiterinnen. Die Löhne sind in den letzten Jahren trotz der fortschreitenden Teuerung noch bedeutend herabgesetzt worden. Große Entrüstung riefen jedoch die Ausführungen über das Verhalten der Firma Westhorn hervor, die bei ihrem ungeheuren Reichtum wohl imstande wäre, die beschiedenen Forderungen zu bewilligen, doch rücksichtslos Polizei und Gerichte als Hilfsmittel in Anspruch nimmt, die Arbeiterinnen fälschlich zu machen. Kollege Schmidt als früherer Arbeiter bei der Firma Westhorn führte noch einige sehr drastische Beispiele zur Erläuterung aus dem Musterbetriebe an. Nachdem von dem Kollegen Lochmann der Kartellbericht ohne Debatte entgegengenommen war, kamen unter „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache.

Eingegangene Druckschriften

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages Chemnitz 1912, Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

Preis 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. Vereinsausgabe 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk.

Die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitages sind nicht nur für jeden Sozialdemokraten, sondern für jeden Volkstier überhaupt von größtem Interesse. Von den mannigfachen Verhandlungsgegenständen erwähnen wir: Bericht des Parteivorstandes. — Die Lebensmittelerzeugung. — Organisationsstatut. — Reichstagswahlen. — Stichwahlparole. — Bericht der Reichstagsfraktion. — Bergarbeiterchutz. — Imperialismus. — Raiffeisen. — Internationaler Kongress. — Ausschlußverfahren gegen Silberbrand.

Das Protokoll ist durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs zu beziehen.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1913 ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen, und zwar in etwas größerem Format wie bisher. Neben dem üblichen Kalender-Abdruck usw. Material bringt der Kalender wichtige politische und gewerkschaftliche Informationen. So ist das Ergebnis der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl statistischer Betrachtungen Berücksichtigung gefunden. Auch die wichtige Bildungsfrage kommt in einem Artikel: „Arbeiterbildung und Bildungsarbeit“ aus der berühmten Feder des Genossen Heinrich Schulz zu ihrem Rechte. Ein sehr instruktiver Artikel des Genossen Emil Eichhorn beschäftigt sich mit der Reichsversammlung.

Der Kalender wird wieder ein treuer Ratgeber jedes in der Partei oder Gewerkschaft tätigen Genossen sein. Der Preis beträgt 50 Pf. Alle Buchhändler, Expeditoren und Kolporteurs halten den Kalender vorrätig.

„In Freien Stunden.“ Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Fest zum Preise von 10 Pf. Bestellungen durch alle Postanstalten, Expeditionen und Buchhandlungen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW.

Wilhelm Lamszus, Das Menschenschlaghaus. Bilder vom kommenden Krieg. Verlag Alfred Janssen, Hamburg und Berlin. 1912. 1.— Mk.

Als wir im letzten Sommer nahe daran waren, in jenen entscheidenden Krieg gestürzt zu werden, wußte keiner, wie dieser Krieg enden würde. Daß aber jenes drohende Gespenst unsere Volkseele erschreckt und erschüttert hat, zeigt dieses neu erschienene Dokument unserer Zeit. Es ist nicht das geist- und bilberprübende Kunstwerk eines Literaten, nicht der strategische Meisterwurf eines Generalstablers, sondern es ist die Niederschrift eines Volksgenossen, eines jener vielen, eines jener „Soldaten ohne Rang und Charge“, die bereit sind ins Feld marschieren müssen.

Ein Landwehrmann, der von Haus und Familie muß, hat uns seine Gedanken niedergeschrieben. Er hat sich so in diesen Krieg hinein-gedacht, bis ihn die Bilder und Szenen überwältigten, bis ihm der Krieg von morgen zum Erlebnis ward. Zwar weiß er uns keine amüsanten Kriegsnovellen zu erzählen. Es flattern keine Fahnen und es jauchzt auch keine Kriegsmusik. Maschinen arbeiten und schlachten Regimente ab; die Erde explodiert; es ist der Krieg der Dynamitderbeben, der Pikrinäure. Es ist der Krieg des Massenmordes und des Massenwahnsinns. Und voll Grauen mögen wir erkennen: in diesem klappernden Jahrhundert der Maschinen gibt es auch auf dem Markt des Sterbens weiter nichts als eine neue Branche mehr: die Leichen-industrie. So nackt und dürr, entleibet jeglicher Romantik, stieg das Schlaghaus der Erde wohl kaum bisher vor unsern Augen auf.

Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Ansbürg 224,57, Dessau 26,18, Dresden 1483,91, Frankfurt a. M. 148,—, Freiburg 27,30, Gotha 47,82, Neurobe 19,40, Nürnberg 1595,37, Wittenberg 74,56, Zittau 101,10 Mk.

S. Sobahl.

Redaktionschluss für die nächste Nummer ist am Montag, den 11. November 1912.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 45.

Berlin, den 9. November 1912.

18 Jahrgang.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

II.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffsstreiks. Ihre Zahl beträgt 1705 gleich 53,5 Prozent aller Kämpfe und waren daran 169 657 Personen beteiligt. Gegen das Vorjahr hat eine beträchtliche Vermehrung der Angriffsstreiks stattgefunden; es wurden in demselben geführt 1385 Streiks mit 110 613 Beteiligten. In Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertroffen. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiterausstand in Betracht, der allein 226 888 Beteiligte zählte. Es erklärt sich ohne weiteres, daß als Ursache der Angriffsstreiks die Forderung auf Lohnerhöhung sich an erster Stelle findet. In 840 Fällen mit 78 129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gestreikt. Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streik führte. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wurde in 644 Fällen, woran 71 555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht. 1096 Angriffsstreiks gleich 64,3 Prozent hatten einen vollen und 283 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streiks waren 117 711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Während 1910 839 solcher Streiks stattfanden, die 31 500 Personen in Mitteleinstellung zogen, wurde im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42 239 Beteiligten zu dem Mittel des Streiks gegriffen, um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverlängerung und in 285 gegen Maßregelung von Personen gestreikt. Besondere Beachtung verdient die Tätigkeit der Unternehmer nach vermehrtem gesetzlichen Schutz gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ ist, daß in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streik gegen den Raub des gesetzlich gewährleisteten Konfiskationsrechtes seitens der Unternehmer wehren mußten. In 670 Fällen gleich 66,9 Prozent gelang es, für 23 508 Personen gleich 55,7 Prozent durch ArbeitsEinstellung die beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich und 207 Streiks blieben erfolglos.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblich ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmern zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewesenen, betroffen wurden. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76 817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffsstreiks und 46 wegen Forderungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schlossen 60 gleich 29 Prozent mit vollem und 47 gleich 22,7 Prozent mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter, und für 82,1 Prozent der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden Aussperrungen in weit erheblicherem Umfange statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2968

Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitteleinstellung zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19 351 996 Tage. Der Geschlossenheit der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist es zu danken, daß die Unternehmer nur bei 22,3 Prozent der Aussperrungen ihren Zweck vollständig erreichten. 29,9 Prozent der Aussperrungen endeten dagegen mit vollem und 33,9 Prozent mit teilweisem Erfolg der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrungstaktik der Unternehmer abgefunden. Sie haben seit 1900 nicht weniger als 11 948 850 Mk. für Aussperrungen verausgabt. Ihre Opferfreudigkeit ist aufs stärkste entwickelt und so können sie den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entgegensehen. Sie wissen, daß sie nur durch diese zu höherer Lebenshaltung gelangen werden und können alljährlich auf die Erfolge hinweisen, die sie erzielt haben.

Das Bestreben der Arbeiterschaft, durch Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich auch einen größeren Anteil an den geistigen Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig, zu wissen, welche Erfolge das kraftvolle Ringen der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum zeitig hat. Durch die gesamten Bewegungen haben 1911 erreicht: 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden pro Woche und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 1 058 594 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 393 618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgewehrt wurde: Für 4350 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 17 127 Stunden, eine Lohnverkürzung für 15 648 Personen von insgesamt 26 344 Mark pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37 941 Personen. Der größte Anteil der Ertragsverlusten entfällt auf die Bewegung ohne ArbeitsEinstellung. Es wurde bei diesen erreicht: Für 207 583 Personen gleich 70,8 Prozent eine Arbeitszeitverkürzung von 534 984 Stunden und für 469 009 Personen gleich 79,2 Prozent eine Lohnerhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen gleich 29,2 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen gleich 20,8 Prozent eine Lohnerhöhung von 239 531 Mk. pro Woche.

Die Feststellungen über die Resultate der Bewegungen erfolgen seit dem Jahre 1905. Soweit dabei die Erfolge bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in Frage kommen, gewähren die sieben Berichtsjahre folgendes Bild:

Arbeitszeitverkürzung:	
1905 . . .	183 658 Pers. auf 686 137 Std. pro Woche
1906 . . .	337 441 " " 1 238 725 " " "
1907 . . .	245 695 " " 900 739 " " "
1908 . . .	59 324 " " 138 751 " " "
1909 . . .	66 794 " " 215 813 " " "
1910 . . .	344 570 " " 756 564 " " "
1911 . . .	293 316 " " 760 594 " " "
L o h n e r h ö h u n g:	
1905 . . .	412 331 Pers. auf 857 524 Mk. pro Woche
1906 . . .	684 157 " " 1 271 208 " " "
1907 . . .	497 968 " " 955 871 " " "
1908 . . .	236 641 " " 365 923 " " "
1909 . . .	248 400 " " 429 744 " " "
1910 . . .	827 827 " " 1 815 537 " " "
1911 . . .	592 066 " " 1 058 594 " " "

Eine Summierung dieser Ziffern würde deren Eindruck wesentlich erhöhen, aber kein richtiges Bild geben. Es wird sich vielfach um dieselben Personen handeln, die in den einzelnen Jahren Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen erreichten. Schon für die einzelnen Jahre sind Doppelzählungen vorhanden, weil diejenigen, die gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung und Lohn-

erhöhung erlangten, an beiden Stellen gezählt sind. Deswegen müssen wir uns damit begnügen, anzugeben, was in den einzelnen Jahren von den Arbeitern errungen oder von ihnen an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt worden ist. Auch so dürfte die Arbeiterschaft erkennen, daß ihre Kämpfe nicht vergeblich waren und ihr Aufstieg ohne die im Interesse der Junker fortgesetzt erfolgende künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen gesichert wäre.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159 628 Personen, 1910 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304 481 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Banarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372 324 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52 480 Personen zum Abschluß kamen. Es wurden dann ferner Tarifverträge abgeschlossen: In der Metallindustrie in 539 Fällen für 54 550 Personen, in graphischen Gewerbe und der Papierindustrie in 65 Fällen für 16 328 Personen, in der Holzindustrie in 498 Fällen für 50 829 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 591 Fällen für 27 638 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 278 Fällen für 50 419 Personen, im Handels- und Transportgewerbe in 505 Fällen für 34 504 Personen und in den sonstigen Berufen in 192 Fällen für 17 733 Personen.

Schon im Bericht des Vorjahres wiesen wir darauf hin, daß die Zahl der Fälle, in denen es zum Tarifabschluß kam, nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluß führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelzählungen der Tarife nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne ArbeitsEinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluß kommt. Diese Doppelzählungen lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik auscheiden.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Der Konsumverein Dortmund-Hamm gibt seinen diesmaligen Jahresbericht in Form einer ziemlich starken Broschüre heraus, die den Titel führt: „Aus den zehn Lebensjahren einer Konsumgenossenschaft 1902—1912“. Darin wird die Entstehung und Geschichte des Konsumvereins geschildert, von den ersten Anfängen, die mit den gewohnten Schwierigkeiten verbunden waren, von weiteren kleineren oder größeren Fortschritten wird berichtet, von der Übernahme anderer, kleinerer Nachbarvereine, die nicht leben und nicht sterben konnten, während der Verein selbst weberorganisatorisch noch finanziell gesichert dastand. Aber über alle Hindernisse hinweg hat der Verein sich seinen Weg gesucht und ihn gefunden und er kann heute über eine stattliche Mitgliederzahl von fast 13 000 berichten, die in 40 Verkaufsstellen ihre Waren beziehen. Die Geschäftszuflüsse betragen zirka 194 000 Mk., der Gesamtumsatz 3 865 Millionen Mark. Eine ziemlich große Bäckerei und ein Fuhrpark gehören heute der Genossenschaft als Eigentum. So haben die vielen Mühen und Sorgen in den zehn Jahren denn doch den Erfolg gezeitigt, daß die dortige Arbeiterschaft, zumeist Vergleiche, sich in ihrem Konsumverein eine wirtschaftliche Institution geschaffen haben, die sie vom Kränkertum unabhängig macht.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, ein alter 27-jähriger Verein, berichtet über 23,983 Millionen Mark Umsatz. Er hat eigene große Schlachtereien und bringt eine Aufstellung über die Erhöhung der Fleischpreise, deren Schlachtgewicht bei Schweinen 34,5, bei Ochsen 11,4, bei Hammeln 14,3 und bei Kälbern 9,3 Prozent betrug. Der Verein hat die Erhöhung der Verkaufspreise lange nicht in dem Maße vorgenommen, wie die Einkaufspreise gestiegen sind, der finanzielle Erfolg der Schlachtereien ist demzufolge auch nicht so günstig, wie er es in anderen Jahren sein konnte, dafür haben aber die Mitglieder des Vereins die Fleischsteuerung nicht ganz so schwer empfunden, wie die übrigen Konsumanten, die ganz vom Schlachter abhängig waren.

Die Konsumgenossenschaft Berlin gibt gleichfalls ihren Geschäftsbericht heraus und berichtet über Erhöhung ihrer Mitgliederzahl auf 56 678 Personen. Der Umsatz stieg um 73,6 Prozent auf insgesamt 11½ Millionen Mark. Die Sparkasse, gewissermaßen das Vertrauensbarometer einer jeden Genossenschaft, hat ihren Bestand um 122 Prozent auf über 2 Millionen Mark erhöht. Die Bäckerei ist um zehn Oefen vergrößert und der Bau einer neuen Bäckerei in Angriff genommen worden. Die umliegenden Vereine der Berliner Vororte haben sich jetzt alle mit dem großen Bruder vereinigt, bis auf einen, dessen Anschluß noch bevorsteht. Die Genossenschaft, die jetzt ein fast geschlossenes Gebilde für den großen Bezirk Berlin und Umgegend bildet, wächst sich seit einigen Jahren zu einer recht eindrucksvollen Organisation heraus.

Die Volksfürsorge, obwohl sie noch gar nicht auf dem Plan erschienen ist, macht ihren Gegnern die heftigsten Kopfschmerzen. Nicht nur, daß sie auf alle Weise bekämpft und vor allen Dingen als eine sozialdemokratische Gründung hingestellt wird, um sie bei den Behörden und dem „gutgesinnten“ Publikum zu denunzieren, sondern es gehen auch einige Versicherungsgesellschaften mit verwerflichen Mitteln vor, um sich noch schnell vor dem Inkrafttreten der Volksfürsorge eine Anzahl Abschüsse zu sichern. Sie versuchen sogar, die Leiter von Gewerkschaftsfilialen zu gewinnen, damit sie ihnen die Adressen ihrer Vertrauensleute angeben, die dann wahrscheinlich bei ihren Kollegen die Werbearbeit für die Gesellschaft übernehmen sollen. Es ist aber wohl ohne weiteres zu erwarten, daß die Betroffenen solche Anforderungen, die fast an Verraterei grenzen, gebührend zurückweisen. Daß die Konzeptionierung der Volksfürsorge noch immer nicht erfolgt ist, bedeutet zwar Wasser auf die Mühlen ihrer Gegner, kann aber die daran interessierte Arbeiterschaft nicht davon abhalten, den Gedanken der Selbsthilfe, der in der Volksfürsorge seinen berechtigtsten Ausdruck findet, in immer weitere Kreise zu tragen. „Arbeits und warte!“ Das ist der Wegweiser, nach welchem hier gehandelt wird, und wenn dann endlich die Konzeption kommt (und sie muß kommen, wenn auch die Behörden noch so sehr zögern!), dann werden eine große Menge organisierter Arbeiter bereit sein, sie zu empfangen.

Der bekannte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beschäftigt sich mal wieder mit der Seifenfabrik der Großverkaufsgesellschaft und erzählt von einem Streit, in den die dortigen Arbeiter am 2. Juli getreten seien, weil sie die Beibehaltung der Feuererzulagen erhofft, aber nicht erhalten haben. An dieser ganzen Geschichte ist natürlich fast alles aus der Luft gegriffen. Wahr ist nur, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenfabrik für ein halbes Jahr, vom 1. November 1911 bis 30. April 1912 eine Feuererzulage erhalten haben, die insgesamt die Summe von 11 609 M. ausmachte. Weder dem Fabrikarbeiterverband noch der Leitung der Seifenfabrik ist von einem Streit das Geringste bekannt. Davon weiß nämlich wahrscheinlich weiter keiner, als der Preßbezernent des Reichsverbandes. Das ist überhaupt ein sehr kluger Mann; er hat nämlich auch herausgefunden, daß in Gröbba sozialdemokratische Seife gemacht wird. Er soll sich nur in acht nehmen, daß nicht einmal ein Stück solcher Seife sich auf seiner Waschtoulette einschleibt, sonst reißt er sich schließlich noch die

rote Gefinnung durch seine reichsverbändlerische Haut in sein Inneres ein — und dann wehe dem armen Reichsverband!

Die Seifenfabrik aber entwickelt sich fröhlich weiter und muß ja demnach, wie schon berichtet, durch den Bau einer zweiten Fabrik entlastet werden. Ja, ja, unsere Freunde, die Feinde! G. r. t.

Rundschau.

Die freien Gewerkschaften im polygraphischen Gewerbe Deutschlands im Jahre 1911. Die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung zählte am Ende des Jahres 1911 insgesamt 3 042 203 Mitglieder; es war eine Zunahme im Jahre von 354 185 Mitgliedern zu verzeichnen. Ihre Gesamteinnahmen im Jahre 1911 betragen 80 953 814 Mark; die Gesamtausgaben 67 629 149 M. und ihre Vermögensbestände am Schlusse des Jahres 1911 insgesamt 70 878 305 M. Den Kern der gewerkschaftlichen Organisation bilden die sogenannten freien Gewerkschaften, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind. Diese hatten in 15 Industriegruppen am Ende des Jahres 1911 zusammen 2 400 018 Mitglieder gegen 2 128 021 am Jahresanfang, mithin ein Mehr von 271 997. — Für das polygraphische Gewerbe kommen folgende Berufsverbände in Betracht, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind: Deutscher Buchbinderverband, Deutscher Buchdruckerverband, Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Rotenstiegehilfsverband und Deutscher Xylographenverband. Diese graphischen Verbände hatten am Schlusse des Jahres 1911 insgesamt 130 482 Mitglieder, das sind 71,2 Prozent aller Organisationsfähigen, gegenüber 124 144 oder gleich 68,69 Prozent am Jahresanfang. Sie zählen an die Mitglieder Unterstützungen aus in fast allen Lagen des Lebens, z. B. auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, ferner Sterbegeld, Invaliden- und Witwenunterstützung, Rechtsschutz, Streit- und Maßregelungsunterstützung usw.

Nachstehend bringen wir eine kurze Uebersicht über die Organisation der einzelnen graphischen Verbände, die zugleich einen Einblick in die Unterstützungstätigkeit derselben gewährt.

Der Deutsche Buchbinderverband hatte am Anfang des Jahres 1911 einen Mitgliederbestand von 28 706 und am Ende des Jahres 30 755, darunter 14 805 weibliche. Die Jahreseinnahmen betragen 874 095 M., die Jahresausgaben für Unterstützungen der verschiedensten Art 355 901 M. Der Vermögensbestand betrug am Schlusse des Jahres 863 104 M.

Der Deutsche Buchdruckerverband zählte am Jahresanfang 61 938 und am Schlusse des Jahres 64 793 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 3 704 623 M., die Ausgaben an Unterstützungen 2 569 415 M. und der Vermögensbestand am Jahreschlusse 9 361 468 M.

Der Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und arbeiterinnen hatte am Beginn des Jahres 15 891 und am Schlusse 16 965 Mitglieder, darunter 9775 weibliche. Die Jahreseinnahme stellte sich auf 424 471 M. und die Ausgabe an Unterstützungen auf 329 843 M. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 210 630 M.

Der Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe hatte am Beginn des Jahres 1911 einen Mitgliederbestand von 16 723 und am Schlusse des Jahres einen solchen von 17 092 zu verzeichnen. Er vereinnahmte im Jahre 1 553 379 M. und verausgabte an Unterstützungen 1 557 225 M., worunter sich 955 939 M. für Streitunterstützung befinden. Bekanntlich fand vom September 1911 bis Ende Januar 1912 der große Streit- und Aussperrungskampf im deutschen Stein-druckgewerbe statt, an dem 4546 Lithographen und Stein-druckergesellen beteiligt waren. Die Ausgabe für Unterstützungen an die Kämpfenden betrug vom Anfang des Kampfes an bis zum Schlusse des Jahres 1911 wie oben erwähnt. Das Vermögen des Verbandes bezifferte sich am Jahreschlusse auf 724 450 M.

Der Rotenstiegehilfsverband zählte am Beginn 426 und am Schlusse 444 Mitglieder. Die Einnahmen betragen im Jahre 28 003 M., die Ausgaben an Unterstützungen 16 672 M. und der Vermögensbestand am Jahreschlusse 94 421 M.

Der Deutsche Xylographenverband hatte am Beginn des Jahres 460 und am Schlusse 433 Mitglieder; infolge des Rückganges des ganzen Gewerbes ist hier ein Mitgliederverlust zu verzeichnen. Die Jahreseinnahme des Verbandes stellte sich auf 11 632 M., die Ausgaben an Unterstützungen auf 7125 M. und das Verbandsvermögen am Jahreschlusse auf 24 396 M.

Oben genannte freie graphische Verbände haben also im Jahre 1911 insgesamt 4 836 181 M. an Unterstützungen der verschiedensten Art an die Mitglieder ausgezahlt und verfügten am Schlusse des Jahres 1911 über ein Vermögen von insgesamt 11 278 469 M.

Nichteinhaltung des Tarifs kann zur Vertragslösung berechtigen. Ueber die Folge der Nichteinhaltung eines Tarifs fällt dieser Tage das Breslauer Gewerbegericht eine Entscheidung, die für alle Tarifkontrahenten von Interesse ist. Ein Tischlermeister, der den Tarif schriftlich anerkannt hatte, weigerte sich, den im Tarif vorgeschriebenen Akkordlohn für eine bestimmte Arbeit zu bezahlen. Der Geselle legte die Arbeit vor Beendigung des Vertragsverhältnisses nieder. Darauf verflagte ihn der Tischlermeister. Das Gewerbegericht wies die Klage des Tischlermeisters ab. In der Begründung hieß es: „Der Verklagte war berechtigt, sofort die Arbeit einzustellen, weil sich der Meister einer Ueberverteilung des Gehilfen schuldig gemacht hat.“

„Volksfürsorge“. Die Leitung der „Volksfürsorge“ ersucht uns, bekanntzugeben, daß ihr mehrfach glaubwürdig mitgeteilt wurde, daß einige Versicherungsgesellschaften bei ihren Werbungen den Leuten vorzuschwindeln suchen, die von ihnen bewirkten Aufnahmen erfolgten im Auftrage der „Volksfürsorge“ und würden dieser später zugeführt.

Die Leitung der „Volksfürsorge“ fordert auf, falls irgendwo derartige betrügerische Manipulationen weiter versucht werden, die Namen und Adressen der Betrüger festzustellen und ihr mitzuteilen, damit die Betroffenen zur Verantwortung gezogen werden können.

Es hat niemand das Recht, Aufnahmen für die „Volksfürsorge“ zu machen, so lange sie noch nicht konzeptioniert ist. Sobald die Konzeptionierung erfolgt ist, wird dies öffentlich in allen Arbeiterblättern bekannt gegeben werden und dürfen Aufnahmen für die „Volksfürsorge“ dann auch nur solche Personen machen, die sich im Besitz des mit der Firma der „Volksfürsorge“ versehenen Aufnahmematerials befinden.

Selbe Selben. Wegen schwerer Körperverletzung wurden die beiden Vorstandsmitglieder des Werkvereins der Baumwollspinnerei Solbemoor, die Herren Scherenberger und Stadler, vom Schöffengericht Alßina in Wabern zu 33 und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die beiden Selben befanden sich vor einiger Zeit in einer Wirtschaft in Solbemoor, wo es infolge der provozierenden Haltung der beiden zwischen ihnen und organisierten Arbeitern zu Auseinandersetzungen kam. Als sich die beiden Angeklagten dann aus der Wirtschaft entfernen mußten, überfielen sie den auf der Straße stehenden, in keiner Weise an der Sache beteiligten freiorganisierten Arbeiter Weinberger, den sie mit den Worten: „Da steht auch so ein Schuft, haut ihn zusammen“ niederschlugen und ihn derart richteten, daß Weinberger aus vielen Wunden blutete, eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und dauernd erwerbsbeschränkt bleiben wird. Der Amtsanwalt konnte nicht umhin, die Rohheit der gelben Selben zu entschuldigen und er beantragte eine dem schweren Delikt nicht entsprechende, sehr geringe Strafe. Das Gericht ging jedoch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und verurteilte die beiden Gemütsmenschen zu der genannten Strafe.

Am gleichen Tage war am gleichen Gericht eine Verleumdungsklage anhängig, die drei Vorstandsmitglieder des genannten Werkvereins gegen einen Gewerkschaftssekretär vom Textilarbeiterverband und einen christlichen Gewerkschaftssekretär angestrengt hatten. Die Herren mußten auf Drängen der Auszubürger Selben gegen die beiden Klage stellen, weil angeblich in einer Textilarbeiterversammlung eine Resolution zur Abstimmung gebracht worden sei, in der die Selben als „gelbe Sumpfpflanzen“ bezeichnet worden sein sollen. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß in der betreffenden Versammlung eine Resolution überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Die drei Selben zogen es deshalb vor, die Klage unter Uebernahme sämtlicher nicht unerheblicher Kosten (seht Zeugen und drei Rechtsanwälte waren anwesend) zurückzuziehen.